

Susanne Mittag
SPD-Bundestagskandidatin für
Delmenhorst, die Wesermarsch und
Oldenburg-Land

Pressemitteilung

Susanne Mittag: Unterstützung beim Tierschutz kommt an

Delmenhorst, 30.07.2021

Susanne Mittag
SPD-Bundestagskandidatin

Wahlkreis: Delmenhorst,
Wesermarsch, Oldenburg-Land

wahl@susanne-mittag.info
04221 1521218

Am Mittwoch besuchten die SPD-Bundestagskandidatin Susanne Mittag und SPD Oberbürgermeisterkandidatin Funda Gür den Tierschutzverein in Delmenhorst. Anlass des Termins war nicht nur die positive Nachricht über die Förderung aus dem Bundesumweltministerium, sondern auch aktuelle und zukünftige Entwicklung zur Weiterentwicklung des Tierschutzes.

Es waren gute Nachrichten, die Susanne Mittag zum Anlass nahm um sich mit dem Tierschutzverein in Delmenhorst auszutauschen. Aufgrund der Corona-Pandemie und der Befürchtung um einen damit zusammenhängenden Rückgang der Spendenbereitschaft wurde finanzielle Unterstützung durch das Bundesumweltministerium zugesichert. Hilfe, die dem Tierschutzverein nun bei ihrem Einsatz für die Tiere hilft. So sind weitere Katzenhäuser im Aufbau, die vor allem kranken Katzen einen Aufenthalt ermöglichen soll. Gerade an Katzenaids erkrankte Katzen dürfen nicht mit gesunden Tieren in Kontakt kommen, da sonst das Infektionsrisiko zu hoch ist.

Im Gespräch erkundigte sich Susanne Mittag dann auch über zukünftige, wichtige Themen. Als tierschutzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion erklärte sie: „Der Tierschutz auch bei Wildtieren nimmt an Bedeutung zu. Auch in diesem Bereich müssen Pflegestellen und Betreuungsmöglichkeiten vorhanden sein, um schnelle Hilfe zu gewährleisten. Besonders wichtig ist hier die Region vor Ort: Schnelle Hilfe braucht auch kurze Wege. Weder für Tier und Mensch ist es stressfrei, wenn bei Notfällen erst ein Tierschutz in hundert Kilometern Entfernung aufgesucht werden muss.“

Der Tierschutzverein stimmte hier zu, erläuterte aber auch, dass hier die notwendige Infrastruktur, ehrenamtliche Kräfte und genügend finanzielle Mittel nötig seien. Deshalb seien in Zukunft weitere Förderprogramme nötig, die hier unbürokratisch Hilfe ermöglichen würden.